

Infosperber vom 9.12.2013

Matthias Bertschinger / 09. Dez 2013 - Der Wirtschaftsverband argumentiert gegen die Masseneinwanderungsinitiative nur «ökonomisch». Doch es geht um weit mehr!

In den Debatten rund um die Masseneinwanderungsinitiative und um Europapolitik generell kommt kaum zur Sprache, welchen Wert der europäische Integrationsprozess als solcher für die Menschen hat. Gefährdet sind, so die «Botschaft» der Gegner der Initiative, unsere «wirtschaftlichen Interessen». Die Idee, die hinter der EU und dem europäischen Integrationsprozess steckt, und dass vor allem auch diese gefährdet sein könnte, ist nicht ihr Thema. Der Gedanke, dass erst ein «Souveränitätsverlust» die Menschen wieder handlungsfähig macht, erscheint heute als völlig abstrus. Gerade *dass* dieser Gedanke heute als abstrus erscheint, zeigt aber, wie weit entfernt wir von jener Debatte sind, die in unserem ureigensten Interesse längst geführt werden müsste.

Ein Blick in unsere eigene Geschichte

Inwiefern sich die Abgabe von Souveränität an supranationale Organisationen als Segen erweisen kann, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Vor 167 Jahren stand Glarus vor ähnlichen Problemen wie wir heute: Das Volk wurde, wie Linke sagen würden, erpresst. 1846, zwei Jahre vor der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates, warnte der Verband der Glarner Textilfabrikanten vor einem Ja an der Landsgemeinde zum «extremen Verbot» der Kinderarbeit unter 12 Jahren. Schon damals wurde, wenn auch nicht der Sowjet-Kommunismus (Marx war damals erst 28 Jahre alt, Lenin noch gar nicht geboren), so doch der Teufel des wirtschaftlichen Niedergangs mit Suggestivfragen an die Wand gemalt : «Abwanderung der Fabrikherren nach St. Gallen?», «Steuerausfälle bis zu 400'000 Batzen?», «Arbeitslosigkeit wie in Zürich?»

Trotz der drohenden Abwanderung von Unternehmen nahm das Volk von Glarus damals das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in mechanischen Spinnereien an. 1856 folgte die Ausweitung des Arbeitsverbotes für Kinder unter zwölf Jahren auf alle Fabrikbetriebe, 1858 folgte das Verbot der Sonntagsarbeit. Im Bereich der Sozialgesetzgebung nahm Glarus damals eine Pionierrolle ein (oder legte, in der Terminologie heutiger rechtsbürgerlicher Kreise, ein «realitätsfernes Gutmenschentum» und eine «ideologische Gesinnung» an den Tag).

Glarus als Ausnahme bestätigt die Regel: Viele Errungenschaften des Sozialstaates konnten sich erst nach der Übernahme der Gesetzgebungskompetenz durch das «Monster» Schweizerischer Bundesstaat durchsetzen. Das Beispiel Steuerwettbewerb zeigt: Wo keine oder keine weitreichende Rechtsvereinheitlichung erfolgte, blieben Gebietskörperschaften und ihre Bürger durch Mächtige erpressbar.

In einer sich globalisierenden Welt, in der Räume kleiner werden, können Probleme oft nur noch gemeinsam gelöst werden, d.h. durch eine Eindämmung des Standortwettbewerbs und seines «race to the bottom», in dem gewinnt, wer sich gegenüber Mensch und Umwelt rücksichtslos verhält. Gegen Erpressung hilft oft nur die Abgabe von Regelungskompetenz an die nächsthöhere Ebene: an den Bund oder – Achtung: Landesverrat! – an supranationale Organisationen wie die EU.

Charakteristisch für den Europäischen Binnenmarkt, an welchem wir Schweizer uns via die Notlösung «Bilaterale» beteiligen, ist so gesehen weniger dessen Freiheit, sondern –

umgekehrt! – dessen Begrenzung, die die Freiheit erst ermöglicht: Charakteristisch sind die vielen «Brüsseler Diktate», etwa Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. Das Entscheidende an solchen supranationalen Rahmenbedingungen des freien Marktes ist, dass sie sich dadurch gegen Erpressung und Unterbietung (drohende Abwanderung von Firmen oder Steuerzahlern) immunisieren, dass es eben gemeinsame Regeln sind.

Die Masseneinwanderungsinitiative hat zweifellos mit sozialen und ökologischen Fragen zu tun (Lohndumping, Siedlungsdruck auf die Natur etc.). Wer diese Initiative annimmt, schadet aber seinen berechtigten Anliegen. Angriffsziel ist die Personenfreizügigkeit und mit der Personenfreizügigkeit der gemeinsame Rechtsraum des europäischen Binnenmarktes als solcher. Der Angriff richtet sich damit wie dargelegt gegen die Voraussetzungen, um überhaupt handlungsfähig zu sein und Verhältnisse gemeinsam mit anderen zu verändern. Gutgläubige, die eine Abgabe von Regelungskompetenzen («Souveränität») nach oben bisher kategorisch ablehnen, überlegen sich besser zweimal, wes' Lied sie eigentlich singen.

Am 9. Februar geht es nicht in erster Linie um die Zuwanderung. Und es geht insbesondere nicht nur um wirtschaftliche Interessen, wie uns Economiesuisse weismachen will. Die Personenfreizügigkeit ist nicht einfach eine «Kröte», die wir im Interesse einer prosperierenden Wirtschaft zu schlucken hätten, sondern eine neu gewonnene Grundfreiheit, ein verteidigungswürdiger Wert an sich.

Mit ihrer Argumentation verfehlt Economiesuisse nicht nur kategorial die grundlegende Fragestellung im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative (und beleidigt damit die Idee, die hinter dem europäischen Einigungsprozess steht), sondern manipuliert den Stimmbürger genauso wie die Initianten, welche wahlweise Verlustängste oder Rache-Impulse bedienen. Damit gefährdet Economiesuisse fahrlässig ihren Abstimmungserfolg. Denn die Frage, ob der kurzfristige wirtschaftliche Nutzen stets das Mass aller Dinge sein soll, stellen sich viele Stimmbürger und Stimmbürgerinnen völlig zu Recht!

Weshalb trotzdem ein Nein zur Masseneinwanderungsinitiative? Am 9. Februar, aber auch in weiteren, kommenden Abstimmungen (Kroatien-Referendum, Ecopop-Initiative), die sich gegen die Personenfreizügigkeit richten, geht es um weitaus mehr als den kurzfristigen, ökonomischen Nutzen. Es geht um Fragen, die über das hinausweisen, was sich einem ökonomistischen Nützlichkeitsdenken mit Blick auf das Eigene erschliesst. Es geht um die Frage, inwiefern der europäische Integrationsprozess als solcher im Interesse von uns und aller Europäer und Europäerinnen ist – gerade angesichts der gegenwärtigen Rückschläge («Krise Europas», «Eurokrise»). Denn für diese Rückschläge sind massgeblich protektionistische und nationalistische Tendenzen in vielen Staaten Europas ursächlich: die populistische Bedienung der eigenen Klientel, und weniger Fehlentscheide eines «Bürokratiemonsters», das weniger Beamte zählt als beispielsweise die Stadtverwaltung von München.

Das «Wir-brauchen-die-ausländischen-Arbeitskräfte»-Gerede, dem fast ausnahmslos alle Gegner der Initiative frönen, lenkt von einer viel grundlegenderen Debatte ab, die zum Schaden von uns allen noch immer kaum geführt wird. Im Raum steht die Frage nach einer Alternative zum europäischen Integrationsprozess, an welchem wir qua «Bilaterale» oder Mitgliedschaft im Europarat partizipieren. Die Losung «alle gegen alle» oder «jeder für sich» mit wechselnden Allianzen ist im Atomzeitalter keine Option mehr, und unter ethischen Gesichtspunkten war sie es noch nie.

Economiesuisse, der die Führung im Abstimmungskampf gegen die Masseneinwanderungsinitiative übertragen wurde, hat es verpasst, politische Akteure wie zum Beispiel die «Neue Europäische Bewegung Schweiz» (NEBS) mit an Bord zu holen, die mit Argumenten überzeugen, anstatt nur mit Phrasen – «Bewährte Bilaterale», «Erfolgsmodell Schweiz» – das Stimmvolk überreden wollen. Damit vernachlässigt Economiesuisse sträflich ein Wählersegment, das nicht einfach mit PR abgespeist werden will. Der Economiesuisse selbst fehlen umgekehrt die Argumente, weil sie selbst nicht weiss, was sie will: Öffnung oder Abwehr? Freier Markt und damit sogenannt «fremde Richter»? Oder doch lieber Steuerdumping auf Kosten unserer Nachbarn? Diese offensichtliche Absenz von Prinzipien und Überzeugungen ist Ursache des Glaubwürdigkeitsverlusts von Economiesuisse, der sich am 9. Februar fatal auswirken könnte.